



Leopoldina
Nationale Akademie
der Wissenschaften

März 2017 | Diskussion Nr. 9

Gutes Leben oder gute Gesellschaft?

Das vorliegende Papier basiert auf dem von der VolkswagenStiftung geförderten Symposium „Gutes Leben oder gute Gesellschaft?“, das am 17. und 18. Juni 2016 in Hannover stattfand. Das Diskussionspapier greift teilweise die im Symposium geäußerten Vorträge und Diskussionen auf. Die Beiträge werden 2017 in einem Band der Nova Acta Leopoldina erscheinen und vertiefen die angesprochenen Punkte.

Das Diskussionspapier spiegelt nicht unbedingt die Meinungen aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums oder des Präsidiums der Leopoldina wider.

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Jörg Hacker
Präsident der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina
– Nationale Akademie der Wissenschaften –
Jägerberg 1
06108 Halle (Saale)

Gestaltung und Satz

unicom Werbeagentur GmbH, Berlin

Redaktion

Dr. Henning Steinicke, Dr. Stefanie Westermann
Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina
Kontakt: Abteilung Wissenschaft – Politik – Gesellschaft (Leitung: Elmar König)
politikberatung@leopoldina.org
Datum: März 2017

Druck

druckhaus köthen GmbH & Co. KG
Friedrichstr. 11/12
06366 Köthen (Anhalt)
druckhaus@koethen.de

ISBN 978-3-8047-3653-5

Bibliografische Information der deutschen Nationalbibliothek

Die deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2017 Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e.V. –
Nationale Akademie der Wissenschaften, Halle (Saale)

Gutes Leben oder gute Gesellschaft?

**Karl Ulrich Mayer
Ursula M. Staudinger**

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1. Dimensionen der Lebensqualität – Wohlstandsmessung oder Wohlfahrts- beobachtung	5
2. Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden – objektive und subjektive Indikatoren	8
3. Soziale Indikatorensysteme	10
4. Bürgerdialoge und demokratische Willensbildung	12
5. Gutes Leben oder gute Gesellschaft?	14
6. Herausforderungen für Wissenschaft und Politik	16
Zur Entstehung des Papiers	18
Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums	18
Programm	20

Einleitung

Die wissenschaftlichen und politischen Bemühungen, den Stand und die Fortschritte der Gesellschaftsentwicklung über den materiellen Wohlstand hinaus begrifflich und empirisch zu fassen, gehen bis in die 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurück. Als Pionier ist hier die Soziale-Indikatoren-Bewegung in den USA zu nennen (Toward a Social Report 1969). In der Bundesrepublik wurde die „Wohlstandsforschung“ seit dieser Zeit vor allem von dem Soziologen Wolfgang Zapf und dem Ökonomen Hans-Jürgen Krupp vorangetrieben. Sie resultierte unter anderem in der Einrichtung und Durchführung einer Reihe von Wohlfahrtssurveys, dem Sozio-oekonomischen Panel sowie verschiedenen Publikationen der Sozialberichterstattung (u.a. den vom Statistischen Bundesamt und Wissenschaftszentrum Berlin jährlich herausgegebenen Datenreport). In den letzten Jahren wurden diese Ansätze durch die ökonomische und psychologische Zufriedenheits- und Glücksforschung sowie die Gerechtigkeitsdebatte in der politischen Philosophie (Martha Nussbaum, Amartya Sen, Avishai Margalit) wissenschaftlich forciert und politisch auf breiter Basis implementiert, vor allem auch auf internationaler Ebene, so im Human Development Index und den Millenniums- und Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen. Darüber hinaus haben einige europäische Staaten wie Belgien, Italien und Großbritannien nationale Indizes des Wohlbefindens entwickelt und setzen diese zur Wohlfahrtsmessung ein. Ein weiterer Meilenstein in dieser Entwicklung war der durch den damaligen französischen Staatspräsidenten Sarkozy angeregte Stiglitz/Sen/Fitoussi-Report (2010).

Unmittelbarer Anlass, sich innerhalb der Leopoldina (in der Wissenschaftlichen Kommission Demografischer Wandel) mit diesem Thema zu befassen, war die Verankerung des „guten Lebens“ im Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Bundesregierung sowie die in diesem Zusammenhang 2015 und 2016 durchgeführten Bürgerdialoge „Gut Leben in

Deutschland“.¹ Ein im Juni 2016 unter Leitung von Karl Ulrich Mayer von der Leopoldina zusammen mit der VolkswagenStiftung veranstaltetes Symposium bilanzierte die wissenschaftliche Forschung zu den Dimensionen und der Messung von Lebensqualität sowie den Stand der Sozialberichterstattung. Zudem wurden die verfassungsrechtlichen und demokratiethoretischen Implikationen in der politischen Umsetzung von indikatorengestützten Zielsystemen diskutiert.

1 Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/18795112> (Abgerufen: 05.12.2016)

1. Dimensionen der Lebensqualität – Wohlstandsmessung oder Wohlfahrtsbeobachtung

Mit der ursprünglichen Propagierung des Begriffs der „Lebensqualität“ waren zwei Absichten verbunden: Zum einen sollte die Aufmerksamkeit auf die Lage von Individuen und Haushalten gerichtet werden – im Gegensatz zur Vermessung ganzer Gesellschaften wie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Zum anderen sollten neben den materiellen und wirtschaftlichen Aspekten des Lebensstandards nicht-materielle Aspekte der Wohlfahrt in den Blick genommen werden. Hintergrund waren Einsichten, wie sie vom Club of Rome in seinem Bericht zu den Grenzen des Wachstums („The Limits to Growth“, 1972) formuliert wurden, dass nämlich Steigerungen des materiellen Wohlstands nicht unbedingt zu einer Steigerung der Wohlfahrt führen. Einflussreich waren zudem Theorien zur Werthierarchie (Theodore Maslow) und zum Wertewandel (Ronald Inglehart), denen zufolge nach einer Sättigung der materiellen Grundbedürfnisse post-materielle Werte und Bedürfnisse in den Vordergrund rückten. Der finnische Soziologe und Politologe Erik Allardt hat dies dann mit dem Begriffstrio von *having, loving, being* auf eine prägnante Formel gebracht. *Having* bezieht sich bei Allardt auf den materiellen Wohlstand, indiziert durch die Einkommenslage, aber auch auf Bildung, Erwerbstätigkeit und Gesundheit. *Loving* umfasst Charakteristiken des sozialen Netzwerks aus Familie, Freunden und Nachbarschaft. *Being* umschreibt die Grundlagen individueller Identität, von Sozialprestige und politischem Einfluss.

Dieser Katalog von Dimensionen der Lebensqualität hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als bemerkenswert robust erwiesen. So resultierte z.B. der Stiglitz/Sen/Fitoussi-Report in dem Vorschlag, folgende Dimensionen durch soziale Indikatoren abzudecken: I) *material living standards*, II) *health*, III) *education*, IV) *personal activities, incl. work*, v) *political voice and governance*, vi) *social connections and relationships*, vii) *environment*, viii) *insecurity (economic and physical)*. In Deutschland konnte sich die 2013 abgeschlossene Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages hingegen nicht auf einen gemeinsamen Katalog einigen. Der von ihnen vorgeschlagene

ne Indikatorensatz W^3 definiert drei Dimensionen: ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Der „Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland“ (2016) schlägt – u.a. als Ergebnis der Bürgerdialoge – 12 Dimensionen der Lebensqualität vor. Unter der Rubrik „Unser Leben“ wird subsummiert: „Gesund durchs Leben“, „Gut arbeiten und gerecht teilhaben“, „Bildungschancen für alle“, „Zeit haben für Familie und Beruf“ sowie „Ein sicheres Einkommen“. Unter der Rubrik „Unser Umfeld“ werden zusammengefasst: „Zusammenhalten in Familie und Gesellschaft“, „Zuhause sein in Stadt und Land“ sowie „Sicher und frei leben“. Die Rubrik „Unser Land“ umfasst schließlich die Dimensionen: „Wirtschaft stärken, in die Zukunft investieren“, „Natur erhalten, Umwelt schützen“, „Frei und gleichberechtigt leben“ und „In globaler Verantwortung handeln und Frieden sichern“.²

In der aktuellen Diskussion geht es vor allem um drei Aspekte: Erstens um die Frage, ob es das Ziel sein soll, Endergebnisse (*output*) im Sinne von materiellem und nicht-materiellem Wohlbefinden (*well-being*) zu bestimmen und zu messen oder vielmehr die Voraussetzungen zu definieren und zu operationalisieren, die selbstbestimmtes Handeln ermöglichen? Hier hat vor allem Amartya Sen den entscheidenden Vorschlag gemacht, indem er den Wohlfahrtsbegriff auf die Voraussetzungen von Wohlfahrt hin modifizierte und zuspitzte. Eine Politik der Lebensqualität muss sich danach auf die Sicherung von Befähigungen bzw. Ermöglicungen (*capabilities*), d.h. auf Bedingungen von Lebenschancen (Ralf Dahrendorf) konzentrieren. Dies impliziert, dass die bloße Beobachtung und Messung ergänzt wird um die Frage nach den Konsequenzen für die praktische Gestaltung. Damit rücken Aspekte der Verteilung und Mindestsicherung in den Blick – und in der Folge Fragen der Gerechtigkeit. Amartya Sen vertritt den Standpunkt, das „gute Leben“ im Sinne individuellen Wohlbefindens nicht allein von den Endergebnissen her zu erfassen, sondern auch von den Bedingungen der Ermöglicung her, als die Sicherung von Handlungsspielräumen. Sen hat ebenso herausgearbeitet, dass sich diese Handlungsfreiheit eben nicht nur auf das eigene Wohlbefinden, sondern auch auf andere, vor allem auch auf kollektive Ziele richten kann.

2 Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland: <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/18795112> (Abgerufen: 05.12.2016)

Zweitens hat sich in jüngerer Vergangenheit im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsdebatte eine neue Dimension der materiellen Basis von Wohlfahrt ergeben, die sowohl die Zukunftswirkungen bestimmter wohlfahrtsbezogener Charakteristiken und Maßnahmen als auch Aspekte des Lebensumfelds, wie Zugang zu Grünanlagen und Infrastruktur, umfasst.³ Vor diesem Hintergrund scheint es sinnvoll, eine Erweiterung der Begriffe und Vorstellungen von Wohlfahrt und Wohlbefinden zu erwägen.

Drittens ist die Frage zu stellen, ob von Wissenschaftlern (deduktiv oder über repräsentative Umfragen) abgeleitete Dimensionen der Lebensqualität ausreichen und angemessen sind, oder ob über Bürgerdialoge (induktiv) weitere Dimensionen hinzuzufügen sind. Darüber hinaus stellt sich schließlich die Frage, ob der Prozess der Bürgerdialoge selbst im Sinne von Amartya Sen einen Eigenwert als Stärkung selbstbestimmten Handelns (*agency beliefs*) darstellt.

3 vgl. The Royal Society, 2012: People and the Planet. The Royal Society Science Policy Centre report 01/12.

2. Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden – objektive und subjektive Indikatoren

Schon seit den 1970er Jahren (Erik Allardt, Philip E. Converse, Albert H. Cantril) wurden neben den objektiven auch subjektive Aspekte von Lebensqualität in den Blick genommen. Damit stellten sich neue Fragen nach den Dimensionen und der Messung von subjektiver Lebensqualität (z.B. Lebenszufriedenheit/Glück), nach dem Zusammenhang zwischen objektiver Wohlfahrt und subjektivem Wohlbefinden, nach dem „Lebensqualitätsparadox“ – der Kombination von schlechten Lebensumständen und hoher Zufriedenheit bzw. guten Lebensumständen und hoher Unzufriedenheit – sowie nach den kulturellen Determinanten und Varianten, der Universalität bzw. Diversität von Glück und Zufriedenheit.

Die Forschung beschäftigte sich zunächst vor allem mit dem Problem der Skalierung und Messung von Lebenszufriedenheit sowie dem Problem allgemeiner im Vergleich zu lebensbereichsspezifischer Zufriedenheit. Danach verschärfte das Lebensqualitätsparadox die Frage, ob die objektive Lage oder das subjektive Wohlbefinden zu optimieren sei. Wohlbefinden (*well being*) bezeichnet die beste Kombination von positiver objektiver Lage und positiver subjektiver Befindlichkeit. „Deprivation“ kennzeichnet die Kombination von Unzufriedenheit und nachteiligen Lebensbedingungen. „Dissonanz“ beschreibt negative Befindlichkeiten trotz guter Lebenslage. „Anpassung“ meint positive Befindlichkeiten bei schlechter Lebenslage. Dabei war weniger strittig, dass die Forschung und wissenschaftliche Sozialberichterstattung beide Aspekte zu berücksichtigen hat, als die Frage, was davon zu den Aufgaben von Regierungen und damit der „offiziellen“ Sozialberichterstattung zählt. Der wesentliche Beitrag der empirischen Forschung lag darin, die relative Bedeutung verschiedener Dimensionen der Lebensqualität zu gewichten und zwischen Ländern und Kulturen unterschiedliche Gewichtungen zu bestimmen. So wurde deutlich, dass sobald ein gewisses Maß an materieller Absicherung gegeben ist, ein weiteres Ansteigen dieser Umstände nicht unbedingt zu einer weiteren Erhöhung

des subjektiven Wohlbefindens führt. Es wurde ferner deutlich, dass neben materiellem Wohlstand enge soziale Beziehungen, gesellschaftliche Werte, persönliche Entwicklungsmöglichkeiten und auch Charakteristiken des Lebensumfelds eine bedeutende Rolle spielen.

Neben der Analyse der Lebenszufriedenheit wurden in jüngster Vergangenheit auch noch weitere personenbezogene Maße diskutiert, die sich auf die Erfassung individueller Kompetenzen (z.B. kognitive Leistungsfähigkeit, Funktionsfähigkeit, Selbstregulation) beziehen und angeben können, welche Aspekte der objektiven Wohlfahrt tatsächlich beim Individuum ankommen. Solche Maße erlauben es auch, präziser als mithilfe des kalendarischen Alters darüber Auskunft zu geben, welche Produktivkräfte einem Land im Prinzip zur Verfügung stehen. International vergleichende Studien wie beispielsweise PISA haben diese neue Kategorie von Indikatoren international implementiert und etabliert. Die Voraussetzung hierzu wurde unter anderem durch eine Verbesserung in der Psychometrie geschaffen, die es erlaubt, Kompetenzen effizient und reliabel zu erfassen. In diesem Kontext sind auch andere populationsbezogene Längsschnittstudien zu nennen (z.B. das Sozio-ökonomische Panel – SOEP), die inzwischen ein gewisses Ausmaß an Harmonisierung über Länder hinweg erreicht haben, und deshalb für die Indikatorenbildung genutzt werden können.

3. Soziale Indikatorensysteme

Soziale Indikatoren bedeuteten einen Durchbruch gegenüber den rein deskriptiven, früheren Traditionen der amtlichen Statistik, wie sie sich z.B. in den Statistischen Jahrbüchern zeigen. Soziale Indikatorensysteme können sich auf gesamte Gesellschaften richten oder auf Teilbereiche wie Bildung oder Armut, und sie können national oder international vergleichend angelegt sein. Interessant ist auch die Veränderung im Spektrum der Träger von Sozialberichterstattung: War es zunächst die Wissenschaft (Soziologischer Almanach, Datenreport), so sind es nunmehr verstärkt zwischenstaatliche Organisationen (UN, UNICEF, OECD, EU). Auch hat die Bedeutung solcher Indikatoren für den internationalen Vergleich zwischen Ländern stark zugenommen (siehe z.B. die OECD-Studien „*Education at a Glance*“ oder „*Pensions at a Glance*“).

Soziale Indikatoren haben also eine spektakuläre Karriere erfahren – was viele Jahre lang ein relativ esoterisches wissenschaftliches Feld war, hat zu einem veritablen Boom von entsprechenden Regierungsberichten und Berichten internationaler Organisationen geführt, wie z.B. den Laeken-Indikatoren für die Lissabon Strategie der Europäischen Kommission oder dem Human Development Index, den Millenniumszielen oder nunmehr den neuen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (UN SDG 2030). Internationale Vergleiche, wie z.B. der Human Development Index, die PISA- und PIAAC-Rankings der OECD oder das 10-Prozent-Ziel der Ausgaben für Bildung und das 3-Prozent-Ziel der öffentlichen Ausgaben für Forschung, haben dabei eine erhebliche Wirkung entfaltet – unter anderem durch eine Art von „Bloßstellung“ (*shaming*).

Vor allem aber hat sich die empirische Basis sozialer Indikatoren erweitert. Musste man sich vor einigen Jahrzehnten zwangsläufig auf publizierte, hochaggregierte Zahlen der amtlichen Statistik beschränken, so stehen nunmehr die Mikrodaten von populationsbasierten Querschnittumfragen, amtliche und administrative Daten, große repräsentative Längsschnittstudien und nicht zuletzt „Big Data“ zur Verfügung. Dies bedeutet nicht nur enorm verbesserte Möglichkeiten, theoreti-

sche Konstrukte auch angemessen definieren und operationalisieren zu können, sondern auch als Alternative zu aggregierter Indikatorenbildung auf statistisch raffinierte Weise Prozess- und Kausalanalysen durchzuführen. Es wird damit möglich, zum Beispiel Kompetenzverläufe als Indikatoren von Wohlfahrt abzubilden. Längsschnittliche bevölkerungsbasierte Kompetenzmessung erlaubt es auch, eine wichtige Größe wohlfahrtsstaatlicher Haushaltsführung, nämlich das kalendarische Alter, durch präzisere Maße zu ersetzen. Kalendarisches Alter wird als Näherungswert für die Produktivkraft und die potentiellen Gesundheitskosten einer Person genutzt. Diese Approximation lässt allerdings außer Acht, dass es historische Veränderungen in dem Zusammenhang zwischen kalendarischem Alter und Produktivität gibt, die bei fehlender Beachtung zu einer Verzerrung in der Bewertung von Gesellschaften führen. Ein weiteres Beispiel für den Bedarf an differenzierteren Prozessanalysen ist die Einkommens- und Vermögensarmut. Hier will man nicht nur wissen, wie sich zum Beispiel die Armutsquote oder der Anteil der vermögenslosen Haushalte verändert hat, sondern auch, welche Verhaltens- oder Strukturveränderungen solchen Entwicklungen zugrundeliegen. Und auch für die Ungleichheit der Schulleistungen gilt, dass aufzuklären ist, welche Mechanismen und Interventionen Verbesserungen ermöglichen.

Im „Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland“ wurden beispielsweise für die 12 Dimensionen 46 quantitative, zumeist deskriptive Indikatoren ausgewählt, welche sich auf amtliche Statistiken und Umfragen wie z.B. das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) stützen. Sie wurden ergänzt durch eine sorgfältige Kommentierung und Interpretation.

Diese kurzen Ausführungen machen deutlich, dass sich die Vielfalt der Indikatoren stark erhöht hat. Jedoch ist es noch immer die vordringlichste Aufgabe zu klären, wie man die relevanten Dimensionen von Lebensqualität durch möglichst wenige und möglichst aussagekräftige und politikrelevante Indikatoren abbilden und damit relative Zielerreichung messen kann. Bei der Auswahl der Indikatoren sollte auch die Verfügbarkeit der notwendigen Daten in möglichst vielen Ländern eine Rolle spielen, um internationale Vergleiche zu ermöglichen.

4. Bürgerdialoge und demokratische Willensbildung

Soziale Indikatoren sind idealerweise bezogen auf gesellschaftspolitische Zielsysteme. Damit ermöglichen sie zum einen, den Erfolg von Politik in hohem Maße vermittelbar und transparent zu machen und zum anderen, etwas über die institutionellen Voraussetzungen und Instrumente wohlfahrtsbezogener Politik auszusagen. Bürgerdialoge wie zum Beispiel die der gegenwärtigen Initiative „Gut Leben in Deutschland“, in deren Rahmen über 200 solcher Dialoge durchgeführt wurden, sollen dazu dienen, die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen und einen auf diese Weise legitimierten Zielkatalog zu ermitteln. Dieser Zielkatalog soll dann – mit entsprechenden Indikatoren und Zahlen unterlegt – die Erreichung relativ genau präzisierter Politikziele überprüfbar machen. Die Dialoge werden ergänzt durch die Möglichkeit, Sorgen und Anliegen auf der Internetseite der Initiative mitzuteilen.

Demokratische Willensbildung manifestiert sich unter anderem in der Wahl von Vertretern, der Bestimmung der Politikziele und bei der Bewertung der Politikergebnisse. Bürgerdialoge und Sozialindikatoren ergänzen die Verfahren der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie bei der Bestimmung der Politikziele und der Bewertung der Politikergebnisse. Sie stehen mitunter auch in Konkurrenz zu diesen. Das Gleiche gilt im übrigen auch für die herkömmlichen Instrumente der Umfrageforschung, welche ja bereits routinemäßig zu den Werkzeugen der Politik gehören.

Bürgerdialoge erscheinen damit als zusätzliches Instrument demokratischer Willensbildung oder zumindest als weiterer Mechanismus der Rückkoppelung zwischen Regierung und Bevölkerung als Voraussetzung für eine demokratische Willensbildung. In der gegenwärtigen Debatte über die „Abgehobenheit politischer Eliten“ und den Verlust an Unterstützung der großen Volksparteien kann diese Art der Mobilisierung und Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen nur begrüßenswert sein. Es stellt sich aber die Frage, wie sich dieses Instrument „gefilterter“ direkter Demokratie verhält zu den verfassungsrechtlich

etablierten Formen der repräsentativen Demokratie als demokratische Willensbildung über die gewählten Abgeordneten und deren Arbeit in den Parlamenten und ihren Wahlkreisen. Es wäre sicherlich geboten, dass der Bundestag – ähnlich wie über die Ergebnisse der Enquetekommission – auch über das Ergebnis von Bürgerdialogen in Bezug auf die abgeleiteten Ziel- und Indikatorenkataloge und die entsprechenden empirischen Befunde der ausgewählten Sozialindikatoren debattieren und entscheiden würde.

5. Gutes Leben oder gute Gesellschaft?

Das Dialogprojekt „Gut Leben in Deutschland“ nahm Lebensqualität im Sinne von Lebenslagen und subjektivem Wohlbefinden von Individuen (und Haushalten) in den Blick. Ist dieser Fokus aber im Hinblick auf vorrangliches politisches oder staatliches Handeln angemessen oder gar ausreichend? Kann es Aufgabe des Staates und der Politik sein, Wohlfahrt und Wohlbefinden für Individuen zu optimieren oder sollte die Politik sich darauf beschränken, die Voraussetzungen zu entwickeln und zu sichern, welche Personen befähigen, ihre jeweils eigenen Ziele zu erreichen? Und wollen wir, dass der Staat Menschen dazu bringt, das für sie Schädliche zu vermeiden (beispielsweise manipulativ durch „nudging“)? Bereits in dem Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität wird aber die Perspektive deutlich erweitert um „Systemparameter“ wie z.B. das Bruttoinlandsprodukt, die Gesamtschuldenquote oder die globalen und nationalen Treibhausgas-Emissionen.

Die Ziele demokratischen, rechtsstaatlichen Handelns müssen sich in Deutschland im Grundgesetz wiederfinden. Es steckt, wie Susanne Baer im Rahmen des Symposiums ausführte, den Raum ab, in dem möglichst jeder Bürger ein möglichst gutes Leben führen kann, definiert aber nicht, wie dieses Leben auszusehen hat. Denn jede verbindliche Definition eines guten Lebens würde Gefahr laufen, den Menschen vorzugeben, wie sie ihr Leben zu leben haben. Die Verfassung schafft also den Rahmen, innerhalb dessen jedem Einzelnen die Möglichkeit gegeben ist, selbst zu entscheiden, wie ein gutes Leben aussieht und dieses dann anzustreben – auch wenn die Entscheidungen objektiv für den Betroffenen negative Auswirkungen haben können. Dem Staat obliegt es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass seine Bürger ihre Vorstellungen von einem guten Leben im Rahmen des Grundgesetzes verwirklichen können. Hierzu zählt auch, dass diese Voraussetzungen für ein „gutes“ Leben gleichermaßen für alle gegeben sind. Dies betrifft die Sicherung des Existenzminimums, welches mit Blick auf die fundamentalen Rechte eines jeden Bürgers neben der materiellen

Existenz beispielsweise auch die Chance auf Teilhabe (z.B. an Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, etc.) umfasst. Darüber hinaus geht es um prozessuale Gerechtigkeit im Sinne einer gerechten Behandlung durch die staatlichen Institutionen, Strukturen und Prozesse. Gerade mit Blick auf benachteiligte Gruppen misst sich hieran, ob die demokratie- und sozialstaatlichen Verfahren funktionieren.

6. Herausforderungen für Wissenschaft und Politik

Was lässt sich als Ergebnis der bisherigen Indikatorenentwicklung festhalten? Und wie ist die Frage, ob es um ein „gutes“ Leben auf der individuellen Ebene oder um eine „gute“ Gesellschaft als Ziel gesellschaftspolitischen Handelns geht, zu beantworten?

Die Politik braucht Instrumente, mit denen sich die Entwicklung sozialer Prozesse beobachten lässt. Statistiken sind hierfür wichtig, reichen aber nicht aus, da sie weder Ziele noch Inhalte noch Prozesse abbilden können. Auch Indikatoren sind nur ein Monitoring-Instrument, sie geben keine direkten Antworten für die Politik. Unabhängig von Statistiken, Indikatoren und Instrumenten wie den Bürgerdialogen sollte politisches Handeln allerdings zuallererst auf den Entscheidungsprozessen einer repräsentativen Demokratie basieren. Gleichwohl: Die Darstellung von Messergebnissen beeinflusst die Wahrnehmung von Realitäten. Insofern kommt der Weiterentwicklung der Indikatoren eine hohe Bedeutung zu. Ziel muss dabei eine überschaubare Anzahl fokussierter, robuster und möglichst wenig manipulierbarer Indikatoren sein, welche die subjektive Dimension einbeziehen und möglichst die gesamte Lebensspanne abdecken. Hierzu gehört das subjektive Wohlbefinden des Einzelnen ebenso wie die Messung von Entwicklungsprozessen sozialer Gruppen, orientiert an zentralen Säulen des menschlichen Lebens, die ein subjektiv gutes Leben zwar nicht garantieren, es aber wahrscheinlicher machen. Neben der materiellen Grundlage sind dies insbesondere Gesundheit, Bildung, Arbeit und soziale Beziehungen. Verbunden mit den Bedingungsfaktoren ist dabei die Frage eines gerechten Zugangs zu ihnen. Hierbei geht es nicht nur um eine rein formale Gerechtigkeit, sondern darum, den Fokus von Investitionen auf besonders benachteiligte Gruppen zu legen. Nicht zuletzt ist dies auch ein formuliertes Anliegen des Bürgerdialogs: benachteiligte bzw. wenig gehörte Gruppen zu erreichen. Dann muss jedoch auch sichergestellt sein, dass genau diese Gruppen auch tatsächlich einbezogen werden.

Ein zentraler Aspekt einer möglichst guten Gesellschaft ist damit die soziale Integration und weitgehende Partizipation möglichst aller ihrer Mitglieder. Gerechtigkeit beschränkt sich aber nicht nur auf die derzeit lebenden Mitglieder einer bestimmten Gesellschaft. Da das ökologische wie ökonomische und soziale Handeln Auswirkungen sowohl auf andere Gesellschaften als auch auf nachkommende Generationen hat, ist der Aspekt der Nachhaltigkeit von besonderer Bedeutung, formuliert beispielsweise in den UN-Nachhaltigkeitszielen.

Die Formulierung dieser Ziele ist Aufgabe von Politik und Gesellschaft, die stete Überprüfung der gesellschaftlichen Fundierung der Ziele sowie die Analyse der relevanten Prozesse ist Aufgabe der Wissenschaft.

Zur Entstehung des Papiers

Am 17.06. und 18.06.2016 veranstalteten die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina und die VolkswagenStiftung in Hannover ein zweitägiges Symposium zum Thema „Gutes Leben oder gute Gesellschaft“.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums

Christine Ante	Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Berlin
Prof. Dr. Susanne Baer	Bundesverfassungsgericht; Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Jürgen Baumert ML	Christian-Albrechts-Universität Kiel; Max-Planck Institut für Bildungsforschung, Berlin
Prof. Dr. Hans Bertram ML	Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Heinz Bude	Universität Kassel
Prof. Robert Erikson	Stockholm University, Schweden
Prof. Dr. Rainer Forst	Goethe-Universität Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Bruno S. Frey	CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts, Zürich, Schweiz
Dr. Henrike Hartmann	VolkswagenStiftung, Hannover
Christine Henry-Huthmacher	Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bonn
Petra Maria Jung	Bundespräsidialamt, Berlin
Prof. Dr. Monika Jungbauer-Gans	Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW), Hannover
Prof. Dr. Thomas Klie	Evangelische Hochschule Freiburg
Prof. Avishai Margalit	Hebrew University Jerusalem, Israel
Prof. Dr. Steffen Mau	Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Karl Ulrich Mayer ML	Yale University, USA; Max-Planck Institut für Bildungsforschung, Berlin

Prof. Dr. Wolfgang Merkel	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
Dr. Heinz-Herbert Noll	ehem. GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim
Prof. Dr. Margit Osterloh	CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts, Zürich, Schweiz
Dr. Anika Rasner	Bundeskanzleramt, Berlin
Prof. Dr. Christoph M. Schmidt	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
Dr. Alexander Schmidt-Gernig	Bundesministerium für Gesundheit, Berlin
Dr. Susanne Schnorr-Bäcker	Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Prof. Dr. Jürgen Schupp	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin
Prof. Dr. Johannes Siegrist	Universität Düsseldorf
Prof. Dr. Ursula M. Staudinger ML	Columbia University, New York, USA
Prof. Dr. Fritz Strack ML	Universität Würzburg
Prof Dr. Alois Stutzer	Universität Basel, Schweiz
Prof. Dr. Klaus Töpfer	Tongji-University Shanghai, China; Institute of Advanced Sustainability Studies (IASS), Potsdam
Prof. Dr. Gisela Trommsdorff	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin
Prof. Dr. Gert G. Wagner	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin
Prof. Dr. Martina Wegner	Hochschule für angewandte Wissenschaften München; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin

Programm

Freitag, 17. Juni 2016

13.00 Uhr bis 13.30 Uhr | Begrüßung und Einführung

Grußworte

Henrike Hartmann, *VolkswagenStiftung*

Ursula M. Staudinger, *Leopoldina*

Einführung

Dimensionen der Wohlfahrt – von Eric Allardt zu Amartya Sen

Karl Ulrich Mayer, *MPI für Bildungsforschung, Berlin*

13.30 Uhr bis 15.30 Uhr

1. Vom Lebensstandard zur Lebensqualität – Zum Stand der Forschung

Chair: Ursula M. Staudinger

13.30 Uhr bis 14.00 Uhr

**Vierzig Jahre Sozialberichterstattung und Lebensqualitätsforschung
in Deutschland – ein Blick in die Vergangenheit und Perspektiven
für die Zukunft**

Jürgen Schupp, *DIW Berlin*

14.00 bis 14.30 Uhr

**Konzepte und Erträge der Zufriedenheitsforschung aus psychologi-
scher Perspektive**

Fritz Strack, *Universität Würzburg*

14.30 Uhr bis 15.00 Uhr

**Konzepte und Erträge der Glücksforschung aus ökonomischer
Perspektive**

Alois Stutzer, *Universität Basel*

15.00 Uhr bis 15.30 Uhr

Kulturelle Unterschiede in Zufriedenheit und Glück

Gisela Trommsdorff, *DIW Berlin*

16.00 Uhr bis 19.30 Uhr

2. Gutes Leben oder gute Gesellschaft – welche Aufgaben darf und sollte eine Regierung verfolgen? [Quality of Life vs Good Society – What are and should be the responsibilities of governments?]

Chair: Karl Ulrich Mayer

16.00 Uhr bis 16.30 Uhr

Happiness or resources? Measuring quality of life for official purposes

Robert Erikson, *Stockholm University*

16.30 Uhr bis 17.00 Uhr

Sufficient Goods, Happiness or Justice? The Tasks of Government

Rainer Forst, *Universität Frankfurt a. M.*

17.00 Uhr bis 17.30 Uhr

Happiness: The Role of Government

Bruno S. Frey, *CREMA Zürich*

17.30 Uhr bis 18.00 Uhr

No promise of happiness. The German Basic Law as a challenge

Susanne Baer, *Bundesverfassungsgericht u. Humboldt-Universität Berlin*

18.30 Uhr bis 19.30 Uhr

Leading Erroneous Lives

Avishai Margalit, *Hebrew University Jerusalem*

Samstag, 18. Juni 2016

8.30 Uhr bis 11.00 Uhr

3. Aktuelle Entwicklungen zu Indikatorensystemen

Chair: Gert G. Wagner

8.30 Uhr bis 9.00 Uhr

Die Vorarbeiten der Enquetekommission und des Sachverständigenrates

Christoph M. Schmidt, *RWI Essen*

9.00 Uhr bis 9.30 Uhr

Entwicklungen bei der EU und der OECD

Susanne Schnorr-Bäcker, *Statistisches Bundesamt Wiesbaden*

9.30 Uhr bis 10.30 Uhr

„Gut leben in Deutschland“ – zum Stand der Arbeiten

Anika Rasner, *Bundeskanzleramt Berlin*

10.30 Uhr bis 11.00 Uhr

Aktuelle Entwicklungen zu Indikatorensystemen – gemeinsame Diskussion

11.30 Uhr bis 13.30 Uhr

4. Bürgerdialoge und politische Willensbildung in der repräsentativen Demokratie

Chair: Karl Ulrich Mayer

11.30 Uhr bis 12.00 Uhr

Sustainable Development Goals und der Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung

Klaus Töpfer, *Tongji-University, Shanghai und IASS Potsdam*

12.00 Uhr bis 12.30 Uhr

Politische Willensbildung über Parteien und Parlament oder neue Formen direkter Demokratie – Demokratietheoretische Reflektionen zu Bürgerdialogen und indikatorbewehrten Zielsystemen

Wolfgang Merkel, *WZB Berlin*

12.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Befindlichkeiten, Stimmungen und Ängste

Heinz Bude, *Universität Kassel*

13.00 Uhr bis 13.30 Uhr

Zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates

Steffen Mau, *Humboldt-Universität Berlin*

14.15 Uhr bis 16.15 Uhr

5. Indikatorensysteme oder Prozessanalysen?

Chair: Ursula M. Staudinger

14.15 Uhr bis 14.45 Uhr

Das Beispiel Kindeswohl – das Berichtssystem von UNICEF im internationalen Vergleich

Hans Bertram, *Humboldt-Universität Berlin*

14.45 Uhr bis 15.15 Uhr

Das Beispiel Bildungschancen – Nationale Bildungsberichterstattung

Jürgen Baumert, *MPI für Bildungsforschung Berlin*

15.15 Uhr bis 15.45 Uhr

Das Beispiel Gesundheit

Johannes Siegrist, *Universität Düsseldorf*

15.45 Uhr bis 16.15 Uhr

Indikatorensysteme oder Prozessanalysen? – gemeinsame Diskussion

16.15 Uhr bis 16.30 Uhr | Schlusswort

Karl Ulrich Mayer

Weitere Veröffentlichungen aus der Reihe „Leopoldina Diskussion“

Nr. 8: Tiefe Hirnstimulation in der Psychiatrie – Zur Weiterentwicklung einer neuen Therapie – 2017

Nr. 7: Zum Verhältnis von Medizin und Ökonomie im deutschen Gesundheitssystem – 8 Thesen zur Weiterentwicklung zum Wohle der Patienten und der Gesellschaft – 2016

Nr. 6: Sprache der Wissenschaft – Sprache der Politikberatung
Vermittlungsprozesse zwischen Wissenschaft und Politik – 2015

Nr. 5: Transplantationsmedizin und Organallokation in Deutschland:
Probleme und Perspektiven – 2015

Nr. 4: Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft: Rechtfertigen die Erfolgchancen von Forschung ihre potentiellen Risiken?
Dokumentation des Symposiums der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Deutschen Ethikrates am 3. November 2014 in Halle (Saale) – 2015

Nr. 3: Die Synthetische Biologie in der öffentlichen Meinungsbildung.
Überlegungen im Kontext der wissenschaftsbasierten Beratung von Politik und Öffentlichkeit – 2015

Nr. 2: Auf dem Wege zur perfekten Rationalisierung der Fortpflanzung?
Perspektiven der neuesten genetischen Diagnostik. Dokumentation des Leopoldina-Gesprächs am 16. und 17. Februar 2013 in Halle (Saale) – 2014

Nr. 1: Die Zukunftsfähigkeit des deutschen Wissenschaftssystems.
Für die nachhaltige Entwicklung von Forschung, Lehre und Wissenstransfer – 2013

Gefördert durch die VolkswagenStiftung



**Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e.V.
– Nationale Akademie der Wissenschaften –**

Jägerberg 1
06108 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 472 39-867
Fax: (0345) 472 39-919
E-Mail: politikberatung@leopoldina.org

Berliner Büro:
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

Die Leopoldina wurde 1652 gegründet und versammelt mit etwa 1500 Mitgliedern hervorragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus rund 30 Ländern. Sie ist der freien Wissenschaft zum Wohle der Menschen und der Gestaltung der Zukunft verpflichtet. Als Nationale Akademie Deutschlands vertritt die Leopoldina die deutsche Wissenschaft in internationalen Gremien und nimmt zu wissenschaftlichen Grundlagen politischer und gesellschaftlicher Fragen unabhängige Stellung. Hierzu erarbeitet sie unabhängige Expertisen von nationaler und internationaler Bedeutung. Die Leopoldina fördert die wissenschaftliche und öffentliche Diskussion, sie unterstützt wissenschaftlichen Nachwuchs, verleiht Auszeichnungen, führt Forschungsprojekte durch und setzt sich für die Wahrung der Menschenrechte verfolgter Wissenschaftler ein.

www.leopoldina.org